

Nachrichten für Naunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

Montz. Sonntagsbeilage

Telefon Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eich, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna zc.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 75 Pfg., monatlich 60 Pfg., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. Anzeigenpreis: die fünfspaltige Korpuszeile 15 Pfg., auswärts 20 Pfg. Ämtlicher Teil 40 Pfg. Reklamazeile 40 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Nr. 143.

Freitag, den 7. Dezember 1917.

28. Jahrgang.

Ämtliches.

Nachfolgende Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Dresden, den 30. November 1917. 1971 II B 1 b

Ministerium des Innern. 5836

Verordnung

über Höchstpreise für Hafer u. Gerste.

Vom 24. November 1917.

Auf Grund des § 8 der Verordnung über die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1917 und für Schlachtwild vom 19. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 243) wird bestimmt:

§ 1.
Der nach § 5 der Verordnung über Höchstpreise für Getreide, Buchweizen und Hirse vom 27. Oktober 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 619) geltende Höchstpreis für Hafer erhöht sich, wenn die Ablieferung bis zum 31. Dezember 1917 einschließlich erfolgt, um eine Preisprämie von 70 Mark für die Tonne, wenn die Ablieferung bis zum 31. Januar 1918 einschließlich erfolgt, um eine Preisprämie von 30 Mark für die Tonne.

Die Preisprämie von 70 Mark wird für alle bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgten Ablieferungen von Hafer aus der Ernte 1917 auf Antrag nachgezahlt. Der Antrag muß bei Vermeidung des Ausschusses bis zum 20. Dezember 1917 einschließlich bei der Stelle gestellt werden, an welche die Ablieferungen erfolgt sind. Die Kommunalverbände haben die Anträge, die bei ihnen eingehen, an die Reichsgeldstelle in Berlin weiterzugeben und bei der Durchführung der Nachzahlung nach deren Anweisungen mitzuwirken.

§ 2.
Die durch § 1 der Verordnung über Frühdruck vom 2. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 443) festgesetzte und durch die Verordnung vom 11. August 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 709) für Hafer und Gerste bis auf weiteres aufrechterhaltene Druckprämie von 60 Mark für die Tonne bleibt nach dem 31. Januar 1918 einschließlich bestehen und fällt dann vollständig weg.

§ 3.
Die Preisprämie für Hafer und die Druckprämie für Gerste dürfen auf Antrag auch nach Ablauf der Fristen im § 1 Abs. 1, § 2 gezahlt werden, soweit die Ablieferung der rechtzeitig ausgebrochenen Früchte aus Gründen, die der Preisprämie nicht zu vertreten hat und die außerhalb seines Betriebs liegen, nicht rechtzeitig hat erfolgen können. Der Antrag ist nur insoweit zulässig, als die Ablieferung innerhalb 14 Tagen nach Ablauf der Fristen im § 1 Abs. 1, § 2 erfolgt, und muß gleichzeitig mit der Ablieferung bei der Stelle gestellt werden, an die die Ablieferung stattfindet. Ueber Streitigkeiten entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Als höhere Verwaltungsbehörde gilt die auf Grund des § 72 der Reichsgeldverordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 507) bestimmte Behörde.

§ 4.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, 24. November 1917.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes.
von Waldow.

Abgabe von Nährmitteln.

§ 1.
Nährmittel (Müllensrübe, aus solchen hergestelltes Mehl, Grieß, Graupen, Gersten- und Hafermehl, jeder Art Mehl, Floden, Grieß usw.), Leigwaren, Kartoffelpräparate und kochfertige Suppen) dürfen nur gegen Lebensmittel- oder besondere Nährmittelmarken abgegeben werden.

§ 2.
Für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre, sowie für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre sind besondere Marken oder besonders gekennzeichnete Lebensmittelmarken auszugeben, um eine bevorzugte Versorgung derselben mit Nährmitteln zu ermöglichen.
Personen in voller Selbstversorgung mit Fleisch oder mit Fett oder mit Gerste bez. Hafer und sämtliche Angehörige ihres Haushaltes erhalten keine Lebensmittelmarken für Nährmittel.

§ 3.
Der Kommunalverband hat über die Ausgestaltung der Lebensmittelmarken und insbesondere darüber Bestimmungen zu treffen, a) an welche weiteren Personen (Selbstversorger oder Familien, Teilselbstversorger usw.) überhaupt keine Lebensmittelmarken für Nährmittel oder solche, die nur zum Bezuge einer entsprechend herabgesetzten Menge ermächtigen, auszugeben sind, b) in welchem Umfange Kranken ein nach ärztlicher Vorchrift erforderlicher erhöhter Bezug von Nährmitteln zugelassen wird, c) in welcher Weise der durch Verordnung vom 17. April 1917 (Abf. 4 (1318 II B VII) vorgeschriebene Markenzwang durchzuführen ist, d) ob für Kinder von Selbstversorgern im Sinne von § 2 Abs. 2 bis zum 4. Lebensjahre Marken zum Bezuge von Grieß oder Hafermehl in beschränkter Menge ausgegeben werden sollen.

§ 4.
Die Lebensmittelmarken sind für den Bezirk des ganzen Kommunalverbands auszugeben. Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft kann der Kommunalverband Gemeinden, deren Verwaltung volle Gewähr für eine bestimmungsgemäße Verteilung der Nährmittel bietet, auf Verlangen die Ausgabe besonderer Marken für ihren Bezirk gestatten.
Mehrere Kommunalverbände oder Gemeinden können gemeinschaftlich für alle beteiligten Bezirke gültige Lebensmittelmarken ausgeben.

§ 4.
Die Kommunalverbände oder die Gemeinden mit eigenen Lebensmittelmarken bestimmen, welche Mengen für einen gewissen Zeitraum oder auf die einzelne Marke abgegeben werden können.

§ 5.
Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1918 in Kraft. Bestehende Regelungen der Kommunalverbände und Gemeinden bleiben in Geltung, soweit sie vorstehenden Bestimmungen nicht widersprechen oder durch die Vorschriften der Kommunalverbände abgeändert werden.
Dresden, den 29. November 1917. 5835

Ministerium des Innern.

Nachtrag

zur Ausführungsverordnung vom 8. Okt. 1915 zur Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verforgungsregelung vom 25. September 1915 (Reichsgesetzbl. Blatt Seite 607).

Die Bestimmung zu § 6 erhält folgenden Zusatz:
Zukünftige Behörde im Sinne von § 6 Absatz 2 Ziffer 3 der Bundesratsverordnung ist diejenige Behörde, die die Preisprüfungsstelle errichtet hat.
Dresden, den 3. Dezember 1917. 5867

Ministerium des Innern.

Warenbezugskarten.

I.
In Abänderung der bisherigen Regelung wird gemäß der Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern vom 29. November 1917 (Staatszeitung Nr. 280) bestimmt, daß künftig Selbstversorger mit Gerste, Hafer, oder mit Fett oder mit Fleisch ebenso wie die Selbstversorger mit Brot blaue Warenbezugskarten zu erhalten haben. Das Gleiche gilt für die sämtlichen Angehörigen ihres Haushaltes, auch für ihre Kinder. Diese Verordnung tritt mit Ausgabe der neuen Warenbezugskarte F in Wirksamkeit.

II.
Kinder von Nichtselbstversorgern im Alter bis zu 4 Jahren erhalten künftig besondere Kinderwarenbezugskarten und zwar Kinder im Alter bis zu 2 Jahren von gelber, Kinder im Alter von über 2 bis 4 Jahren solche von grüner Farbe.
Wahrend für die ganze Kartenreihe ist das Alter am Kartenausgabefrage. Die Befreiung der Kinderkarten erfolgt regelmäßig nach besonderer Bekanntmachung.
Bei Ausbändigung der neuen Karten sind die für Kinder unter 1 Jahre bisher verausgabten Nährmittelkarten einzuziehen.
An die Ortsbehörden ergelbt noch besondere Anweisung.
Grimma, 4. Dezember 1917. 5643 L.

Der Bezirksverband
der Königl. Amtshauptmannschaft.
Geh. Reg.-Rat v. Bose, Amtshauptmann.

Auf Grund von § 9 der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 16. November 1917 — Reichsgesetzblatt Seite 1053 — über Kaffee-Erhaltungsmittel wird bestimmt:
Soweit sich zur Zeit im Handel noch Vorräte von Kaffee-Erhaltungsmitteln befinden, die zu teneren als den durch obenerwähnte Verordnung festgesetzten Höchstpreisen eingekauft sind, dürfen sie bis zum 31. Dezember 1917 einschließlich zu ihren Einstandspreisen angemessenen Verkaufspreisen verkauft werden.
Grimma, 4. Dezember 1917. 5581 L.

Der Bezirksverband
der Königl. Amtshauptmannschaft.
Geh. Reg.-Rat v. Bose, Amtshauptmann.

Höchstpreise für Gerste und Hafer.

§ 1.
Der Höchstpreis für Hafer, — nicht Gerste — erhöht sich, wenn die Ablieferung bis zum 31. Dezember 1917 einschließlich erfolgt, um eine Preisprämie von 70 Mark für die Tonne, wenn die Ablieferung bis zum 31. Januar 1918 einschließlich erfolgt, um eine Preisprämie von 30 Mark für die Tonne.
Die Preisprämie von 70 Mark wird für alle bis jetzt schon erfolgten Ablieferungen von Hafer aus der Ernte 1917 auf Antrag nachgezahlt. Der Antrag ist bis zum 20. Dezember 1917 bei dem zuständigen Kommissionär zu stellen. Später eingehende Anträge werden nicht berücksichtigt.

§ 2.
Die Druckprämie für Gerste und Hafer im Betrage von 60 Mark auf die Tonne wird nach dem 31. Januar 1918 gezahlt und fällt dann weg. Die Druckprämie wird beim Hafer neben der Preisprämie gezahlt.
Grimma, 4. Dezember 1917. Getr. 990.

Der Bezirksverband
der Königl. Amtshauptmannschaft.
Geh. Reg.-Rat v. Bose, Amtshauptmann.

Öffentliche Aufforderung zur Meldung zwecks Eintragung in die Nachweisung der Hilfsdienstpflichtigen im Stadtbezirk Naunhof.

Auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats vom 13. November 1917 werden die nachfolgend aufgeführten Personen aufgefordert, soweit sie ihren Wohnort in Naunhof haben,

sich in der Zeit vom 7. Dezember bis zum 10. Dezember 1917 bei unserer Hilfsdienstmeldestelle in Naunhof Rathaus, Meldemissionszimmer persönlich zu melden, um die für die Eintragung in die Nachweisung der Hilfsdienstpflichtigen erforderlichen Angaben zu machen:

- alle männlichen Deutschen, die nach dem 31. März 1858 geboren sind und das siebzehnte Lebensjahr vollendet haben, soweit sie nicht
a) zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören oder
b) auf Grund einer Reklamation vom Dienste im Heere oder in der Marine zurückgestellt sind,
- alle männlichen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, die nach dem 31. März 1858 geboren sind und das siebzehnte Lebensjahr vollendet haben, soweit sie im Gebiete des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben und nicht zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören.

Nicht nochmals zu melden brauchen sich diejenigen Hilfsdienstpflichtigen, die sich bei der ersten Eintragung auf Grund der Verordnung vom 1. März 1917 oder aus Anlaß eines späteren Stellen- und Wohnungswechsels bei der von der Ortsbehörde ausgegebenen Stelle oder beim Einberufungsausschuß gemeldet haben und dies durch Vorlegung des abgestempelten Abreißstreifens der Meldekarte nachweisen können.

Von der persönlichen Meldung ist befreit, wer sich bis zum 10. Dezember 1917 schriftlich unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgeschriebenen Meldekarte meldet. Die schriftliche Meldung erfolgt durch Abgabe der ausgefüllten Meldekarte bei der Hilfsdienstmeldestelle gegen Ausbändigung der ausgefüllten und gestempelten Meldebestätigung. Diese Bestätigung ist sorgfältig aufzubewahren.

Für die in öffentlichen oder privaten Anstalten (Straf-, Besserungs-, Heilanstalten usw.) mit Einschluß der geschlossenen Unterrichtsanstalten (Internate) untergebrachten Meldepflichtigen hat der Anstaltsleiter oder der von ihm dazu bestellte Vertreter die Meldung schriftlich unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgeschriebenen Meldekarte bis zum 10. Dezember durch Ablieferung bei unserer Hilfsdienstmeldestelle gegen Ausbändigung der Meldebestätigung vorzunehmen. Auf Antrag eines Anstaltsleiters kann die für seinen Wohnort zuständige Kriegsamtsstelle ihm gestatten, die Meldungen ganz oder teilweise auf Listen zu erhalten.

Die Meldekarten nebst Umschlag für die schriftliche Meldung werden in unserer Hilfsdienstmeldestelle von heute an unentgeltlich ausgegeben. Dort sind auch gegen Zahlung von 10 Pfg. für das Stück die Bekanntmachung über Mitteilung des Stellen- und Wohnungswechsels erhältlich, zu deren Ausgab nach § 12 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 13. November 1917 jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, der in seinem Betriebe Hilfsdienstpflichtige beschäftigt.

Wer die Meldung schuldhaft unterläßt, kann durch den Einberufungsausschuß mit einer Ordnungsstrafe bis zu 100 Mark, und, wenn die Geldstrafe nicht beizutreiben ist, mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft werden.

Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 10000 Mark wird bestraft, wer in einer Meldung wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Die gleiche Strafe trifft den Anstaltsleiter oder seinen Vertreter, der in einer Meldung wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, sowie den Meldepflichtigen selbst, der in einem solchen Fall dem Anstaltsleiter oder seinen Vertreter gegenüber derartige Angaben macht.
Naunhof, am 6. Dezember 1917.

Der Bürgermeister.

Ausgabe der Warenbezugskarten.

Die Ausgabe der Warenbezugskarten F findet
Sonnabend, den 8. Dezember 1917
vormittags von 9—1 Uhr

für die Einwohner Naunhofs statt.
Selbstversorger mit Brot, Gerste, Hafer, Fett oder Fleisch erhalten blaue Karten. Die Karten sind spätestens bis zum 17. Dezember 1917 einem Händler zur Annahme vorzulegen.
Den Kindern unter 4 Jahren von Nichtselbstversorgern werden die Karten später ausgehändigt.

Den Säuglingen bis zu 1 Jahre werden Kinderwarenbezugskarten und bei Selbstversorgern die blauen Karten nur ausgehändigt werden, wenn die Nährmittelkarte zurückgegeben wird.
Naunhof, am 5. Dezember 1917.

Der Bürgermeister.

Am 11. und Neupreuzen.

Stimmungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.
es. Berlin, 6. Dezember.

Das mühsige Gaus in der Brinn-Abrechnung, in dem sonst die politischen Debatten gewöhnlichen Gang gingen, am Reichstag, hat jetzt Reichstagsatmosphäre, überflutete Tribünen, allwo Reichstagsabgeordnete und Mitglieder des Herrenhauses und viel Publikum sich, wie bei Hungersnot um Brot an Bäckertüren hant. Der Wahlrechtsdebatte erster Tag! Es gilt um Preußen. Und die Luft ist voll elektrischer Spannung. Gleich zu Anfang, während der Reden vom Regierungssitz, springen kitzelnde Funken zu den gegenseitlichen Polen.

Der greise Graf und Ordnungswalter des Hauses, Herr von Schwerin-Römig, ist Sturmbeschützer in der abgeklärten Ruhe würdevollen Alters. Die Wichtigkeit der Sache, der Abgrund, der die Gegensätze trennt, hat ein Nichts gegen das Große, das Ganze, um das der Kampf von Volk zu Volk geht. Das ist gewißlich wahr. Aber ebenso gewiß ist, daß Parteigegeßnisse mit Welfen und Göttern aufeinanderprallen werden, weil scharfer Parteigeist fesselt sich dem allgemeinen Beiken schweigend oder in Wählung unterordnet.

In den ersten Stunden der Debatte regt sich dieser Dämon wenig. Graf Hertling, der Ministerpräsident aus Bayern, spricht. Ein Süddeutscher in der höchsten Beamtenwürde Preußens. Das kennzeichnet die Seiten der Umwälzung, und der seine, langgesogene Gelehrtenkopfe des Ministerpräsidenten wirkt deshalb ebenso fesseln in diesem Hause wie seine Sprache, die, durch etwas professorale Handbewegungen unterstützt, die schnelle Sprache eines Mannes ist, der alle Dinge in einem langen Leben bereits durchdachte und für jedes Ding den treffenden Ausdruck bereit hat. Wie ein guter Diplomat tritt Graf Hertling in seiner kurzen Rede deshalb an die Wahlrechtsfrage heran. Es galt, ein Königswort einzulösen, das Gewissensfragen brachte, der Kampf um die Erneuerung Preußens sei ein Gewissenskampf, der aber vielleicht schwere Erschütterungen in der Zukunft verbüte. Das alte, bewährte Preußen fände Zukunft, Stille und Rat im Herrenhause.

Die kurze Rede wird achtungsvoll angehört, aber schon die Rede, mit der der verantwortliche Vater der Regierungsvorlage, der Minister des Innern Dr. Drews, sein Kindelein verteidigte, rufte teilweise Widerspruch der Rechten und stürmischen Beifall der Linken hervor, in der sogar einige Hände Klatschbewegungen machen. Das kennzeichnet die Lage ebenso wie die Tatsache, daß Dr. Drews fast ausschließlich zur linken Seite des Hauses gewendet spricht. Als „Optimist“. Als er das betont, laßt die Rechte und die Linke jubeln. Seine Rede ist nicht tiefgründend, aber voll Glauben an die Zukunft, und seine Stimme die des siegesgewissen Draufgängers, der die Hindernisse wohl sieht, sie aber durch freischüttdliches Vertrauen in die „Ethik“ und „Moral“ nehmen zu können glaubt. Das trifft den Kern der Dremwischen Ausführungen. Er glaubt, und sein Rechtfertigungsversuch hat seinen Ursprung nicht in Tatsachen, sondern im Glauben an Preußen, das auch aus dieser radikalen Umwälzung gestärkt hervorgehen werde wie aus der Umwälzung zur Zeit der Stein- und Hardenbergschen Reformen unserer kommunalen Verwaltung und der Änderung der Lage unseres Bauern- und Bürgertums.

Das ist der Aufgang der Regierung. Der Abgang der Parteien beginnt. Die Kritik hat das Wort. Die elektrischen Funken kitzeln und knattern zwischen den gegenseitlichen Polen der Parteien.

Noch einmal sprach Graf Hertling. Der Sprecher der Konservativen Herr von Heudebrandt, hatte, begleitet vom Beifall der Rechten und Unruhe auf der Linken, seinem Scherz darüber Ausdruck gegeben, daß das alte Preußen, dem wir das Deutsche Reich verdanken, im Wirbelsturm der neuen Zeit unterlos werde. Graf Hertling erwiderte auf diese starke Kritik sofort. Niemals sei er Sachwalter der Parlamentarisierung gewesen. Er stände auf seinem Posten als Vertrauensmann nicht der Wehrheit, sondern des Kaisers und Königs. Und er erkläre einen Frieden, der unsere Grenzen sichere. Das war ein Wort der Klärung nach manchen Zweifeln. Der Kanzler für einen guten Frieden und gegen die blinde Nachahmung ausländischer Einrichtungen. Wäge die Faust des neuen Steuermanns das Steuer fest und unverrückt halten! Dann wird das preussische Staatsschiff auch im neuen Fahrwasser gute sichere Fahrt haben.

Die Einbringung der Wahlvorlage.

es. Berlin, 6. Dezember.

Die 100. Sitzung dieses Tagungsabschnittes brachte dem preussischen Abgeordnetenhaus die wahrscheinlich bedeutungsvollste Verhandlung seit seinem Bestehen. Die auf der Tagesordnung stehende Wahlrechtsvorlage hatte die Tribünen überfüllt. In den Hof- und Diplomatenlogen drängte sich ein zahlreiches Publikum. Im Saal und auf der Straße für die Minister war es nicht weniger voll. Wohl dreieriertel aller Abgeordneten waren anwesend und von den Ministern fehlte sicher kein einziger. Raus vor der festgesetzten Eröffnungszeit erschien der neue Ministerpräsident Graf Hertling und begrüßte seine schon vor ihm erschienenen Ministerkollegen, besonders den Minister des Innern D. Drews, den Vater der Vorlage, und den Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Friedberg.

Sitzungsbericht.

Präsident Graf von Schwerin-Römig eröffnete pünktlich die Sitzung mit einer Ansprache, die insofern etwas ungewöhnlich war, als sie in sehr ausführlicher Weise Mahnungen an die Abgeordneten richtete, sachlich zu bleiben, die politischen Leidenschaft nicht zu sehr aufeinanderplayen zu lassen, vor allem stets die politische Gesamtlage zu beachten und die Rücksicht auf das Ausland, das nur noch auf den inneren Zwiespalt in Deutschland rechte, nie außer acht zu lassen.

Nach dieser wohlmeinenden Mahnung ertönte sofort Graf Hertling das Wort. Er redete sehr kurz, nicht viel länger als 10 Minuten, sehr geschickt und einbrudsvoll, von wiederholten Beifallsstürmungen der Linken und des Zentrums begleitet. Die Rechte verhielt sich im allgemeinen still, nur als sich Graf Hertling auf das Urteil des Fürsten Bismarck über das Dreiklassenwahlrecht berief, ging lautes Murren durch die Reihen der Konservativen.

Ministerpräsident Graf Hertling

fährte aus: Als ich herausstellte, daß die anfangs beabsichtigte Trennung der beiden Ämter des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten nicht angängig sei, hat der Kaiser und König im Anschluß an meine Ernennung zum Reichskanzler mich auch zum preussischen Ministerpräsidenten berufen. Im Reichstage bin ich seit vielen Jahren bekannt, vor Sie trete ich als ein völlig Unbekannter; nicht als ob ich,

in Preußen geboren, mit preussischen Verfassungen nicht auch einigermaßen vertraut wäre. Ich habe 15 Jahre in Bonn gelebt und 1880 den preussischen Staatsbeamtenbeir geleitet. Nachher war ich 80 Jahre lang Universitätsprofessor in Bonn und stand seit 1912 an der Spitze des bayerischen Ministeriums. In Anbetracht der Schwierigkeiten hat der König auf meinen Vorschlag den Geheimrat Dr. Friedberg als neuen Vizepräsidenten des Staatsministeriums ernannt, der mehr, als es bisher der Fall war, den Ministerpräsidenten zu vertreten haben wird. Ich werde mit allen meinen Kräften dahin bestrebt sein, mir das Vertrauen zu verdienen, auf das ich bisher einen Anspruch bei Ihnen nicht habe. (Beifall.)

Ich sah mich logisch vor die schwierige Aufgabe gestellt, ein wiederholt und scharf gegebenes Königswort einzulösen. Ich werde dieses Wort, soweit es in meinen Kräften liegt, einlösen bemüht sein. (Beifall.) Ich me das aus voller Überzeugung. (Stürmischer Beifall.)

Als ich vor einigen Tagen sagte, daß der Krieg zu neuen Aufgaben hinführt und zu neuen Verfassungen drängt, befand ich mich in voller Übereinstimmung mit der Thronrede, durch welche am 18. Januar 1918 der Landtag eröffnet worden ist und worin es heißt, daß der Geist gegenseitigen Vertrauens und Vertrauens auch im Frieden keinen Ausdruck finden wird in unserer Verfassung und Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlage für die Vertretung des Volkes in den gleichgebenden Körperschaften. Die Vorlage bezeichnet einen entscheidenden Wendepunkt in der inneren Entwicklung Preußens

und ich bin mir auch vollkommen klar, daß dieser bevorstehende Wendepunkt in vielen Kreisen schmerzliche Gefühle und schwere Bedenken entlocken wird. Eine wahrhaft staats-erhaltende Politik, zu der ich mich durchaus bekenne, hat sich nicht auf die Erhaltung des Bestehenden zu beschränken, sondern auch mutig und entschlossen die Hand an Neuerungen zu legen, wenn das Bedürfnis des Volkes, die Entwicklung und die politische Lage es erfordern. Ich würdige es vollkommen, wenn es sich bei den Äußerungen des Bestehenden um eine

Gewissensfrage

handelt. Dieser Gewissenskampf muß ehrlich durchgelämpft werden. Ein Wahlloshem, über welches Fürst Bismarck schon vor 60 Jahren sein bekanntes Verdikt ausgesprochen hat, läßt sich nicht mehr halten. (Lebhafter Zustimmungsklatsch) Angesichts der durchgreifenden Veränderungen in der Zusammen- setzung des Volkskörpers. Ich achte die Bedenken und Ge- fühle, aber Sie leisten dem Vaterlande den größten Dienst wenn Sie, selbstverständlich nach eingehender Prüfung, der Vorlage zustimmen. (Beifall.) Die

Historische Stellung des Herrenhauses

soll nicht verringert, sondern im Volke fest verankert werden. Preußen ist nicht mehr der Agrarstaat von einst, zu dem Grundbesitz fast Inzubillie und Handel als bestimmende Faktoren getreten. Es erscheint notwendig, das Herrenhaus berufständlich zusammenzufassen und die Selbstverwaltung unter tunlichster Schonung des Bestehenden herauszulösen. Die weitere Begründung überlasse ich meinen Kollegen.

Bringen Sie dem Vaterlande dieses Opfer, wenn es ein Opfer ist, stimmen Sie der Vorlage zu

im Interesse der gedeihlichen friedlichen Entwicklung des Staates, möglicherweise sogar zur Verhütung schwerer Erschütterungen. (Leb. Beifall links u. l. Zentr.)

D. Drews für gleiches Wahlrecht.

Der Minister des Innern begründete die Vorlage im einzelnen. Im ersten Teile seiner Rede, der sich mehr an die allgemeine Bedeutung der Vorlage hielt, hielt er in wirkungsvoller Weise das Haus in Atem, während später, als er in breiter Weise auf Einzelheiten eingieng, das Interesse sich nicht auf der anfänglichen Höhe hielt. D. Drews bewanderte das Schietern der letzten Vorlage im Jahre 1910 und erklärte, daß jetzt nach den Erfahrungen und den gleich- mäßigen Opfern des Volkes im Kriege nur das gleiche Wahl- recht in Frage kommen könne, zumal für jedes Stimmrecht ein betriebliger Schüssel lebe. Der gewislos ein- tretenden Radikalisierung des Abgeordnetenhauses werde die Zusammenlegung des Herrenhauses ein Gegengewicht geben. Die Frage des Wahlrechts sei eine mehr ethische als logische. Bei einer so großen staatsrechtlichen Reform dürfe die ethische Grundlage nicht fehlen. Der Minister verabschiedete die Regierung werde mit allen verfassungsmäßigen Mitteln für die Durchführung der Vorlage einstreten.

Die Regierung bestrebe natürlich nicht auf der Annahme aller einzelnen Bestimmungen, unüberbrücklich halte sie aber an dem Grundgedanken des gleichen Wahlrechts fest, als dem Kern- punkt der ganzen Reform. Die Krone habe durch die Vorlage ihr Vertrauen zum Volke bekundet, möge das Haus durch die Annahme der Vorlage dieses Vertrauen der Krone auch be- stätigen. Der Minister erhielt auf der Linken vielstimmigen Beifall, auf der Rechten erregte er weit mehr als Graf Hertling Widerspruch.

Finanzminister Bergt nahm nun das Wort, um die Ver- änderungen im Staatsrecht des Herrenhauses, wie sie die Vor- lage vorliehe, ausführlich zu begründen. Im Hause herrschte bei diesen finanzrechtlichen staatsrechtlichen Darlegungen große Unruhe, alles wartete ungeduldig auf die große Rede des Führers der Konfervativen.

Die Stellung der Konfervativen.

Herr v. Heudebrandt und der Late bestieg dann die Tribüne. Alles Volk schob sich nach vorn und füllte den freien Raum um die Rednertribüne. Aber der Präsident ver- langte, daß alle Abgeordneten sich auf ihre Plätze begäben, was denn auch unter einigem Murren geschah. Herr v. Heude- brandt begann mit einem scharfen Vorstoß gegen D. Drews. Er meinte, er habe nur allgemeine Redensarten gemacht, mit denen man ebenso gut wie das gleiche Wahlrecht auch die Er- richtung der Republik begründen könnte. Er machte dem Minister auch den Vorwurf, daß er durch das unbedingte Fest- halten am gleichen Wahlrecht

alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschlossen habe. Einmütig seien seine Freunde der Meinung, daß das gleiche Wahlrecht keine geeignete Grundlage für eine Ver- handlung sei. Der Redner betonte, daß die Konfervativen mitarbeiten wollen, daß sie zwar lieber einen Preußen als Ministerpräsidenten gesehen hätten, dem Grafen Hertling aber keine grundsätzliche Opposition machen wollten, sondern ab- warten wollen. Aber die Begleiterscheinungen, unter denen Graf Hertling sein Amt angetreten habe, könnten sie nicht un- erwähnt lassen. Graf Hertling habe sich auf ein Mehrheits- programm verpflichtet, er sei nicht mehr allein der Vertrauens- mann der Krone, die Begehren des Trägers der Krone haben dadurch Einbußen erlitten, die verfassungsmäßigen Grenzen seien nicht gewahrt geblieben. Die ganzen Vorgänge bedeuten

den direkten Weg zum parlamentarischen Regierungssystem, das nicht zum Glück Preußens führe. Wäre 1880 das parla- mentarische System eingeführt gewesen, Preußen würde nicht mehr existieren. Ich will mit die Stimmen zu eigen machen, die sagen: Bei dieser Entwicklung läßt man sich als Preuze im Deutschen Reich beinahe verraten und verkauft. (Sehr richtig! recht! Unruhe links.) Wir wollen für Preußen keine Vorrechte vor den anderen deutschen Stämmen, aber wir wollen nicht schlechter behandelt werden. Auch Befürchtungen über die Sicherung der Dismark bei den Friedensverhandlungen müßten entstehen. Der Redner betonte, die Konfervativen wären an ihren bisherigen Grundgedanken festhalten.

Reichskanzler Graf Hertling nahm jetzt nochmals das Wort zur Erwiderung auf die Rede Heudebrandts. Er bestritt, daß er sich auf ein Programm festgelegt und Konfessionen gemacht habe, die mit seiner Überzeugung nicht vereinbar seien, er bestritt, daß die Rechte der Krone irgendwie beschränkt

worden seien, er sei abseugter Monarchist sein Leben lang gewesen und werde als solcher sterben. Die vom Vorredner geäußerten Befürchtungen über ungenügende Sicherung der Krone trat er entgegen mit den Worten: Er werde seinen Bestehen machen, der die Entwidlung Preußens gefährden könne in irgendeiner Beziehung.

Der Abg. Dr. Wachnide (Sp.) meinte, da sich das Haus nach der zweiten Rede des Reichskanzlers schnell löste, die Zustimmung seiner Partei zur Wahlrechtsvorlage vor stiel- lich leeren Bänken auszusprechen. Dr. Wachnide hob her- vor, daß jedem Wahlrecht Mängel anhaften, daß aber die Mängel, die jedem Klassen-, berufständlichen oder Stimmwahlrecht anhaften, viel größer sind, als die Mängel des gleichen Wahlrechts. Wo Herr v. Heudebrandt grau in grau malte und trübte in die Zukunft sah, da empfand der Redner Zuversicht und er hoffte gerade von der Entwicklung der letzten Zeit die Stärkung des Staatsgedankens bei allen Volksschichten. Jede Beeinträchtigung der Rechte der Krone bestritt Dr. Wachnide mit aller Entschiedenheit. Im einzelnen äußerte Dr. Wachnide Bedenken gegen die Heraus- hebung des Wahlrechts und die Verschärfung der Staats- angehörigkeits- und Wohnsitzklauseln. Sehr kritisch stand er der Herrenhausvorlage gegenüber und warf die Frage auf, ob für ein Herrenhaus in Preußen überhaupt noch Raum sei. Abg. Dr. Vorsh vom Zentrum sprach als letzter Redner des Tages. Er verteidigte zunächst den Grafen Hertling gegen die Angriffe Heudebrandts und erklärte dann, daß ein Teil des Zentrums für das gleiche Wahlrecht stimmen werde, die übrigen Mitglieder der Fraktion jedoch ihre Haltung von dem Ergebnis der Auswahlsberatungen ab- hängig machen.

Morgen wird die Auseinanderlegung fortgesetzt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Hinsichtlich der Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel bestimmt eine Bundesratsverordnung, daß die Landesregierung die Zulassungsstelle anweisen kann, bei Anträgen auf Zulassung von Wertpapieren die Auf- nahme von Angaben in den Prospekten und die Vorlage von Beweisküden dann nicht zu fordern, wenn die Ge- heimhaltung im Interesse der Landesverteidigung liegt. Die Entscheidung über die Zulassung selbst, insbesondere auch darüber, ob trotz des Fernbleibens solcher Angaben und Beweisküden das Wertpapier zum Börsenhandel aus- lassen ist, verbleibt der Zulassungsstelle.

• Der am 4. Dezember gegründete Volksbund für Freiheit und Vaterland stellt einen Zusammenschluß großer deutscher Wirtschaftskörpers dar, außerdem ist bereits eine namhafte Zahl von Einzelpersonlichkeiten bei- getreten. Zum 1. Vorsitzenden wurde Professor Dr. E. Franke gewählt. Zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden Reichstagsabgeordneter Bauer, zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden Generalsekretär Stegerwald. Der Volksbund, der eine Verbindung von auswärtiger und innerer Politik auf vollständig freiheitlicher Grundlage anstrebt, wird sich in nächster Zeit mit einem Aufruf an die weiteste Öffent- lichkeit wenden.

• Über die Verteilung der preussischen Landtags- mandate nach der Wahlrechtsreform gibt eine konservative Denkschrift Aufschluß. Sie legt ihren Berechnungen die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl (1912) zugrunde und kommt zu folgender Aufstellung:

Konfervative	Bisher:	Künftig:
Konfervative	148	82 Mandate
Freikonfervative	54	17
Rationalliberale	78	31
Fortschrittler	40	34
Zentrum	103	102
Polen	12	85
Dänen	2	1
Welfen	0	5
Sozialdemokraten	10	144
Sonstige	2	12

• Im Alter von 81 Jahren ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Arthur Städtgen gestorben. Er war einer der Führer der unabhängigen Sozialdemo- kratie. Früher leitender Redakteur des Vordwärts, wurde er vor einiger Zeit entlassen. Im persönlichen Umgang war der ehemalige Rechtsanwalt im Gegensatz zu seinem Auftreten in den Parlamenten von angenehmen Formen. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der er 27 Jahre angehört hat, war der Verstorbene besonders in politischen und juristischen Fragen der Sprecher seiner Partei.

Osterreich-Ungarn.

• In der österreichischen Delegation sprach der Minister des Äußern Graf Czernin über die Lage. Er verwies auf die glänzenden Erfolge der Bündnispolitik der Mittel- mächte während des Krieges, auf den Zusammenbruch der verräterischen ehemaligen Verbündeten Rumänien und Italien und auf die Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland. Graf Czernin betonte, es sei der Wunsch Öster- reichs, mit Rußland im Anschluß an die Verhandlungen zu einem Frieden zu gelangen, der die Wiederaufnahme der Beziehungen ermöglicht. Die Delegation stimmte den Ausführungen zu. — In der ungarischen Delegation führte Graf Tisza aus, daß Osterreich-Ungarn nicht zulassen dürfe, daß die inneren Angelegenheiten im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gleichsam vor einem internationalen Gerichtshof verhandelt würden. — Im Ausschuss der Delegationen erklärte Graf Czernin, daß möglicherweise die Delegation verlagte würde, wenn sich an die Waffenstillstandsverhandlungen Friedensver- handlungen anschließen.

Frankreich.

• Über die Ergebnisse der Pariser Konferenz teilte der Minister des Äußern im Ministerrat Einzelheiten mit. Er hob hervor, daß die Konferenz gestattet habe, die Ein- heit des wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Handelns sicherzustellen. Die Schaffung eines internationalen obersten Marine-Ausschusses sei geplant. Vom militärischen Standpunkt aus sei die Einheit des Handelns auf den Weg gesicherter Verwirklichung gebracht worden durch einen Generalstab der Alliierten, der nach einem Pro- gramm, das sich auf alle auf der Tagesordnung stehenden Fragen beziehe, zu arbeiten haben werde. — Die Frage des einheitlichen Oberbefehls ist also durch einen Vergleich gelöst worden.

Großbritannien.

• Der Brief Lord Lansdownes bildet noch immer das Tagesgespräch der politischen Kreise Englands. In den Wandelgängen des Unterhauses sprachen sich verschie- dene Konservative sogar dahin aus, daß die Anschauungen Lansdownes den Tatsachen entsprechen und die Über- zeugung eines großen Teils der öffentlichen Meinung aus- drücken. In liberalen Kreisen und in der Arbeiterpartei äußert man sich zustimmend und nur wenige unentwegt kriegerische Blätter halten daran fest, daß der Brief

eine bedauerliche U vor dem angeblich

Nus In- und

Amsterd., 5.

lichen Begebenheit

lich und ledernan

Genf, 5. Dea.

zung billigt jedem

Veruf. einen täglich

Prot 14

Genf, 5. Dea.

die französischen Un

rat der nationalen

Washington, 5.

arch empfiehlt Bl

reich-Ungarn. D

schuß für Auswärts

Fortgeschick

Verhandlung

Mitteilungen des

Westlicher Krieg

Geeresgruppe

rischen Front vielfac

Inchy und Bourlon

schlich gesteigert.

Schweizeren; wir m

Grabenstücke bei u

Feinde geführte.

Artillerie- und Mi

Geeresgruppe

Abrecht. In abh

seitige Erkundungs

Östlicher Krieg

An der Front

gruppe Madonnen

lungen auch auf die

Macedonische

die an dem Westu

vom Doiran-See v

Italienische

Conrad haben in

einige Höhenstellun

Der Erste Gen

Wien, 6. Dea.

mit dem deutschen

Unter

Amlich wird g

Erkhol-Kanal und i

Unter den verfr

französische Dampf

Der Def

Kleine Kriegso

Konstantinopel,

Oberkommandos n

lungen der persän

Balki Balcha teil

Stockholm, 6.

Raroda" mußte d

Prussilom, der in

en Fuß abgenom

ist außerordentlich er

Die R

Mit

Die englische

leitung, hatte unne

erfolgen bei Camb

timmer wiederbe

alt Front.

Front (Ewa)

Durch unsere

bruch" war. Wes

von Infanterie, Ra

Erfolg überblickt,

Verluste erkaumen,

strategisch auswert

preifen. Seit dem

einen großen Teil

Lerrains wieder en

lich still geworden

ist man bemüht, die

schabe aber läßt sich

hoff bei Cambrai n

Neuort

Organisation

Inmitten der

das russische Reich

gierung mit dem R

schaftlichen Lebens

Nationalversammlung

burg einberufen un

geschickt, um die Bar

SLUB

Wir führen Wissen.

eine bedauerliche Entgleisung sei, entstanden aus der Furcht vor dem angeblichen russischen Staatsbankrott.

Russ In- und Ausland.

Amsterdam, 5. Dez. Nach einem in Vorbereitung befindlichen Befehlensurteil soll der englische Arztberuf verstaatlicht und jedem Mann freie Behandlung gestattet werden.

Genf, 5. Dez. Eine Verordnung der französischen Regierung billigt jedem Verbraucher entsprechend seinem Alter und Beruf einen täglichen Verbrauch von 200-300 Gramm Brot.

Genf, 5. Dez. Ein neuer erster Skandal beschäftigt die französischen Untersuchungsbehörden. Es soll sich um Verstoß der nationalen Verteidigung handeln.

Washington, 5. Dez. In seiner Ansprache an den Kongress empfiehlt Wilson die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn. Die entsprechende Botschaft wurde dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

Vorgesehene Kämpfe im Westen.

Verhandlungen an der rumänischen Front.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 5. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der spanischen Front vielfach lebhafteste Artillerietätigkeit. Zwischen Inchy und Bourlon war das Feuer am Nachmittag erheblich gesteigert. Feindliche Vorkämpfe südlich von Mourenx schweifen; wir machten einige Gefangene. — Englische Grabenstücke bei und südlich von Marcoing werden vom Feinde gefeuert. — Südlich von St. Quentin verstärkte Artillerie- und Minen Kampf.

Deeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht. In zahlreichen Abschnitten führte rege beiderseitige Erkundungstätigkeit zu heftigen Kämpfen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der Front des Erzherzogs Joseph und der Deeresgruppe Mackensen dehnen sich die Waffenstillstandsverhandlungen auch auf die rumänischen Truppen aus.

Macedonische Front. Starke feindliche Abteilungen, die an dem Westufer des Ochrida-See und nordöstlich vom Dojran-See vorstehen, wurden abgetrieben.

Italienische Front. Truppen des Feldmarschalls Conrad haben in den Sieben Gemeinden des Italiens einige Höhenstellungen entzogen.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Wien, 5. Dez. Der amtliche Deeresbericht stimmt mit dem deutschen Deeresbericht überein.

Unsere tägliche U-Boot-Beute.

Amlich wird gemeldet: Neue Unterseeboots-Erfolge im Ostsee-Kanal und in der Nordsee: 14.500 Str.-Keg.-Lo.

Unter den versenkten Schiffen befand sich der beladene französische Dampfer „Amiral Bédé“ (8800 Tonnen).

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Konstantinopel, 5. Dez. Als Vertreter des türkischen Oberkommandos nimmt an den Waffenstillstandsverhandlungen der persönliche Adjutant des Sultans, General Sakli Balcha teil.

Stockholm, 5. Dez. Nach einer Meldung des „Dielo Karoda“ mühte dem früheren Oberbefehlshaber General Prusslow, der in Moskau schwer verwundet worden war, ein Fuß abgenommen werden. Das Befinden des Generals ist außerordentlich ernst.

Die Kämpfe bei Cambrai.

Mißerfolge der Engländer.

Die englische Presse, ermuntert durch die Deeresleitung, hatte unmittelbar nach den englischen Anfangserfolgen bei Cambrai Jubelschreie angestimmt, deren immer wiederkehrender Grundton „Sieg und Durchbruch“ war.



Wenn man nun den mit Masseneinsatz von Infanterie, Kavallerie, Tanks und Flugzeugen erzielten Erfolg überblickt, so muß man über die englischen Verluste erstaunen, die den Einbruch, der sich in keiner Weise strategisch auswertbar ließ, als so ungeheures Ereignis preisen. Seit dem deutschen Gegenstoß, der dem Feinde einen großen Teil seines unter Masseneinsatz erstrittenen Terrains wieder entriß, ist es in der englischen Presse endlich still geworden und in den englischen Deeresberichten ist man bemüht, den Mißerfolg zu bemänteln. Die Tatsache aber läßt sich nicht verbunkeln, daß auch der Durchbruch bei Cambrai wie der in Flandern vereitelt ist.

Neuordnung in Rußland.

Organisation des gesamten Wirtschaftslebens.

Inmitten der Stürme, die noch immer hier und da das russische Reich erbebt, beginnt die maximalistische Regierung mit dem Neuaufbau des innerpolitischen und wirtschaftlichen Lebens im Lande. Sie hat zunächst die Nationalversammlung auf den 11. Dezember nach Petersburg einberufen und zugleich über 600 Abgeordnete aus-
gewählt, um die Bauern über wirtschaftliche Organisations-

fragen aufzuklären, sowie 250 Abgeordnete, die in die Verfassungsgebende Versammlung berufen sind. Es werden bereits in dieser Richtung Verbesserungen gewünscht. Große Mengen Kartoffeln und Kohlen sind vorhanden. Die Brotrationen werden verdoppelt. Es wurden alle Maßnahmen getroffen, um zu verhindern, daß Kaledin etwas gegen die Regierung unternimmt.

Duchonins Ermordung.

Nach dröhnenden Verlauten aus Petersburg hat Krenko eine Proklamation an die russischen Soldaten gerichtet, worin er bekannt macht, daß er mit den revolutionären Truppen in Wolskiew eingedrungen sei und das Hauptquartier umzingelt habe.

Die Soldaten haben General Duchonin aus dem Eisenbahnzuge herausgerissen und auf diese Weise ermordet. Daraufhin ergriß General Kornilow die Flucht.

Eine aus englischer Quelle stammende spätere Meldung besagt, daß die maximalistische Regierung der Petersburger Telegraphen-Agentur mitgeteilt habe, daß der Große Generalstab an der russischen Front sich den maximalistischen Truppen übergeben habe.

Die säumenden Bundesgenossen.

„Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg, die Botschafter der Entente teilten der gegenwärtigen russischen Regierung durch eine neutrale Gesandtschaft den Beschluß mit, die politischen, finanziellen und militärischen Beziehungen mit Rußland für die Dauer des gegenwärtigen Regimes zu lösen. — Der amerikanische Botschafter hat sich aus formellen Gründen dem gemeinsamen Schritt der drei Ententebotschafter nicht angeschlossen.

Für den allgemeinen Frieden.

Im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat hielt Trotski eine lange Rede, in der er u. a. sagte: Wir werden bei den Verhandlungen auf der Hut sein und nicht zulassen, daß die Grundzüge eines allgemeinen Friedens, für die die russische Revolution kämpft, weggeduldet werden. Wir werden keine Ausflüchte dulden und sowohl an unsere Verbündeten wie an unsere Feinde entschiedene Forderungen stellen.

Baron Rosen — Trotski Nachfolger.

Wie die Petersburger Blätter melden, ist der frühere russische Gesandte in Washington und Tokio, Baron Rosen, als Gehilfe Trotskis im Ministerium des Auswärtigen tätig, da Trotski die für die Behandlung der auswärtigen Fragen erforderliche Erfahrung fehlt. Nach Verdingung der Übergangsgewalt beabsichtigt Trotski zurückzutreten, Baron Rosen soll dann zu seinem Nachfolger ernannt werden.

Die neuen Republiken.

Mit Ausnahme von Odessa haben sich alle Gouvernements der Proklamierung der selbständigen Ukraine angeschlossen. 360.000 Mann ukrainischer Truppen sind von der Front zurückgezogen worden, um in der neuen Republik die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Auch der Kaukasus hat jetzt die Vorbereitungen für die Erklärung seiner Unabhängigkeit beendet. Erster Ministerpräsident im Kaukasus wird der Bürgermeister von Baku. Schließlich berichtet das Moskauer Blatt „Utro Moskwa“, daß die neue Republik Sibirien ihre innere Verfassung beendet habe. Der Präsident ist Amis, der seit Jahren für Sibirien Selbständigkeit gewirkt hat. Die Landesfarbe ist weiß-grün. Die erste Regierungsbildung des neuen Präsidenten war die Zurückberufung der sibirischen Truppen von den Fronten.

Sächliche und lokale Mitteilungen.

Naumburg, 6. Dezember 1917.

Werkblatt für den 7. Dezember.

Sonnenaufgang	7 ⁴⁴	Mondaufgang	12 ¹¹
Sonnenuntergang	3 ⁴⁴	Monduntergang	12 ¹¹
1888 Italienischer Komponist Pietro Mascagni geb. — 1888 Romanistiker Paul Oskar Höcker geb. — 1894 Ferdinand von Bopp, Leiter des Evangelienhauses, geb. — 1910 Kaiser Ludwigs Krone gest. — 1915 Die Bulgaren erobern Ochrida. — Französische Niederlage bei Esauin.			

Neue 10-Pfennigstücke aus Zint. Durch eine Bundesratsverordnung wird der Reichsanwalt ermächtigt, zum Erlaß für einzuweisende zehn-Pfennig-Stücke aus Zint außerhalb der durch das Münzgesetz vorgeschriebenen Grenze weitere zehn-Pfennig-Stücke aus Zint bis zur Höhe von 10 Millionen Mark herstellen zu lassen.

Der gestern vormittag 8 Uhr 38 Minuten in Groß-Reinberg von Leipzig ankommende Personenzug ist bei der Einfahrt gegen 4 Wagen eines dort haltenden Güterzuges gestoppt, wodurch die betreffenden Wagen entgleisten und zum Teil zertrümmert wurden. Menschen sind glücklicherweise nur einige leicht verletzt worden. Der gegen 1/11 Uhr eintreffende Rettungszug konnte gegen 1 Uhr wieder nach Leipzig zurückkehren, nachdem die Mannschaften die Betriebsstörungen beseitigt hatten.

Der Bezirksverband schreibt uns: Nach der Verordnung vom 14. September 1917 — 2522 II B IV — dürfen in Gastwirtschaften Kartoffeln nur auf Balkenkartoffelmarken abgegeben werden. Eine Ausnahme davon darf nur dann gemacht werden, wenn der Gast nicht im Besitze solcher Marken ist und die Fleischkarte eines außerstädtischen Kommunalverbandes vorzuweisen vermag.

Nach einer Bekanntmachung der Erbschaften Gesellschaft m. b. H. vom 22. November 1917 ist der Eintritt des Vertriebsverbots für Sohlenböhmer und Sohlenbewahrungen, die ganz oder zum Teil aus Leder bestehen, vom 1. Dezember 1917 auf den 1. Januar 1918 hinausgeschoben worden.

Eine außerordentliche Verkürzung der Fleischmenge kündigt, wie aus München gedruckt wird, das bayrische Ministerium des Innern an. Die Städte über 100.000 Einwohner sollten durch die Verkürzung nicht getroffen werden, ebenso nicht jene Städte, die zu 50 v. H. Industrieorte sind. Dagegen werden die Städte von 100.000 bis 50.000 Einwohnern auf 200 Gramm wöchentlich und die kleineren Städte sowie das ganze Land auf 100 Gramm Fleisch wöchentlich verkürzt.

M. S. Durch eine Bekanntmachung hat das Ministerium des Innern den marktfreien Verkauf von Spanferkeln auch für das Königreich Sachsen zugelassen, nachdem dies bereits für den größten Teil des übrigen Deutschlands geschehen war. Diese Maßnahme ist getroffen worden, um die Verringerung der Schweinebestände zwecks Schonung der Kartoffeln und des Getreides zu fördern. Die wichtigen Bedenken, welche gegen den marktfreien Verkauf sprechen, sind zurückgestellt worden, weil Sachsen in dieser Frage auf die Dauer keine Ausnahme stellen einnehmen kann und die Annahme, daß das Kriegsernährungsamt die Marktfreiheit für Spanferkel schon nach kurzer Zeit wieder aufheben würde, sich nicht erfüllt hat.

M. S. Keine Kohlrabenstreckung bei der Marmelade. In dem Bericht über die Besprechung im Lebensmittelamt Dresden über Ernährungsfragen wurde in einer Tageszeitung mitgeteilt, daß die Marmelade künftig gestreckt werden sollte. Diese Tatsache an sich ist richtig und beruht auf einer Anordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst. Unzutreffend ist jedoch die Mitteilung, daß zur Streckung Kohlraben verwendet werden sollen. Die damit gemachten schlechten Erfahrungen des letzten Jahres haben dazu geführt, daß trotz der Notwendigkeit der Streckung Kohlraben nicht wieder dazu zur Verwendung kommen sollen, sondern Kunkelraben, Kürbisse, Mohrrüben oder Rhabarber. Der Zusatz an Streckungsmitteln ist aber so gering, daß trotzdem die Herstellung einer gut schmeckenden Marmelade möglich ist.

Unterstützung bedürftiger Gefangener. Der Landesauschuß des Roten Kreuzes in Dresden bringt erneut in Erinnerung, daß Gefangenen in Feindesland in allen den Fällen Unterstützungen gewährt werden, in denen die Ortsbehörden beschließen, daß deren Angehörige nicht in der Lage sind, den Gefangenen aus eigenen Mitteln Geld und Liebesgaben zukommen zu lassen. Für Gefangene, die keine Angehörigen besitzen, können Anträge auch durch Bekannte, Bekannte oder Freunde gestellt werden. Vordruckformulare, die genau auszufüllen und vom Stadtrat bez. Gemeindevorstand der Heimatsbehörde zu begutachten sind, sind außer beim Landesauschuß des Roten Kreuzes, Dresden, Zingendorferstraße 17, bei den Ortsbehörden erhältlich.

Leipzig. Wegen Kuppel und intimen Verkehrs mit Kriegsgefangenen wurde in einer nichtöffentlichen Sitzung des Schöffengerichts verhandelt gegen die 31jährige Markthelferswitwe Wilhelmine Lina Eisel geb. Dippner, die ihrer Schwester, der Arbeiterin Lina Eisel geb. Dippner und der Arbeiterin Johanna Frieda Wellig in ihrer Wohnung Gelegenheit gegeben hat, mit französischen Kriegsgefangenen vertraulichen Verkehr zu pflegen. Der Ehemann der Angeklagten Eisel ist am 26. September im Felde gefallen. Das Urteil lautete gegen die Angeklagte Eisel wegen Kuppel und unerlaubten Verkehrs mit Kriegsgefangenen auf sechs Wochen Gefängnis und drei Wochen Haft; die Dippner und die Wellig wurden zu je drei Wochen Haft verurteilt.

Die Finanzdeputation der sächsischen Zweiten Kammer befaßte sich in ihrer Sitzung auch mit dem Schulwesen. Eine längere Aussprache drehte sich um die Uebernahme der Schulkosten auf den Staat, insbesondere war die Stimmung dafür vorhanden, die Lehrerbefoldung in absehbarer Zeit auf den Staat zu übernehmen. Diese wichtige Angelegenheit ist bekanntlich schon lange ein lebhafter Wunsch der gesamten Lehrerschaft.

Ein Sozialdemokrat für die Vaterlandspartei. In der letzten Stadtordenungsung zum Elberfeld führte der sozialdemokratische Sprecher, Stadtordenungsleiter Lande, bei der Begründung eines Antrages aus: Er bitte aber, daß auch die rechte Seite des Hauses ihm zustimmen möchte, da deren Mitglieder sich größtenteils aus Anhängern der Vaterlandspartei zusammensetzten, die ja wünschte, daß der Krieg geführt werde bis zum vollen deutschen Sieg und bis zur Verschmetterung der Feinde. Dieser Wunsch liege ja allem am Herzen, und der Sieg über Italien habe alle Herzen höher schlagen lassen. Jeder hoffe, daß diesem Sieg auch bald die Niederlage der anderen Feinde und besonders Englands folge. In diesem Wunsche seien sich alle Deutschen einig.

Schnellzüge. Nachstehende Schnellzüge, deren Verkehr für einige Zeit eingestellt war, werden nunmehr wieder geführt: D 22 ab Berlin Schief. Bahnhof 2.20 nach. (ab Leipzig Bbf. 10.28 vorm.) über Hannover—Hamm nach Köln Bbf. (Ankunft 12.29 Nachs.), und in der Gegenrichtung: D 3 ab Köln Bbf. 11.55 vormittags nach Berlin Schief. Bf. (Ankunft 10.08 abds.) über Hamm—Hannover mit Anschluß nach Leipzig Bbf. (Ankunft 11.23 abends.)

Der 6. Lehrgang für Kriegsbeschädigte im Gemeinde- und Sparkassendienst im Kriegsinvaliden- und Urlaubshaus „König Friedrich August-Stift“ in Plaua-Bernsdorf bei Jßbha beginnt am 15. Januar 1918. Dauer 5 Monate. Teilnehmerzahl 20. Gesuche um Teilnahme sind bis spätestens 1. Januar 1918 durch die Versorgungsabteilungen der Ersatztruppenteile oder die Vereine Heimatdank an den Ausschuss für das Heim, z. B. des Herrn Amtshauptmanns Dr. Edelmann in Jßbha zu richten.

Arbeitsgemeinschaft sächsischer Staatsbeamtenverbände. Die vier großen Staatsbeamtenverbände, die Arbeitsgemeinschaft sächsischer Eisenbahnvereinigungen mit 25 Vereinen, der Sächsische Staatsbeamtenbund mit 19 Vereinen, das Kartell sächsischer Mittlerer Staatsbeamten mit 14 Vereinen und der Verband sächsischer Mittlerer Staatsbeamten mit 5 Vereinen, haben sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft sächsischer Staatsbeamtenverbände“ zusammengeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft verkörpert mit verbindlichen Ausnahmen die Gesamtheit der mittleren und unteren Staatsbeamten Sachsens. Sie bezweckt die den Staatsbeamten gemeinsamen geistigen und wirtschaftlichen Interessen einheitlich, geschlossen und nachdrücklich, wenn auch selbstverständlich unter Wahrung der sich aus der Eigenart des Staatsverhältnisses ergebenden Schranken und unter möglichster Berücksichtigung der Lage der nichtbeamteten Volkskreise zu vertreten und in den großen, die Beamtenchaft angehenden rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen — soweit möglich — eine einheitliche Stellungnahme der Beamtenchaft herbeizuführen.

Zur Warnung! Wegen übermäßiger Preissteigerung beim Verkauf von Gegenständen des täglichen und des Kriegsbedarfs wurde der Kaufmann A. Emil Weil in Crimmitschau zu 87 291 Mk. Geldstrafe von der Strafkammer des Landgerichts Zwickau verurteilt. Weil wurde beschuldigt, beim Verkauf von Garnen (Aunswollgarn, Baumwoll-, Flachswoll usw.) Gewinne bis zu 30 v. H. erzielt und über 30.000 Mk. unrechtmäßig erworben zu haben. Trotzdem er bestritt, übermäßige Gewinne erzielt zu haben, erfolgte seine Verurteilung.

Dresden. Die Stadt hat 62.000 Gänsekarten abgegeben. Zur Verteilung konnten aber nur gegen 1.000 Gänse gelangen. Die Aussichten für weitere Zufuhren sind aber sehr schlecht, so daß sich also die meisten Verkäufer zu Weihnächten mit dem Besitze einer Gänsekarte begnügen werden müssen.

Leitschen. Auf dem Transport von Auisig nach Leitschen auf dem Wasserwege wurde eine für die Gemeinde Leitschen bestimmte Speichendung im Werte von 30.000 Kronen gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Von den Kriegsschauplätzen.

Amlich, Großes Hauptquartier, 6. Dezember 1917.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In dem flandrischen Kampfgebiet nahm die Artillerietätigkeit am Abend wieder erheblich an Stärke zu. Südlich und südwestlich von Moerens kämpften unsere Truppen englische Gräben und liehen bis über die von Bapaume auf Cambrai führende Straße vor.

Unter der Einwirkung unserer letzten Angriffserfolge und unter dem stetigen Druck von Norden und Osten räumte der Feind zwischen Moerens und Marcoing seine vordersten Stellungen und zog sich auf die Höhen nördlich und östlich von Fiesquieres zurück.

In scharfem Nachdrängen wurden die Dörfer Graincourt, Anneux, Comains, Noelles sowie die Waldhöhen nördlich von Marcoing genommen.

Auf 10 Km. Breite haben wir unsere Linien bis zu 4 Km. Tiefe vorgeschoben. Auf seinem Rückzuge hat der Feind, soweit es die Zeit noch zuließ, die Ortshäuser durch Brand und Sprengung zerstört. Die Trümmer dieser Dörfer und das zwecklos begonnene Zerstörungswerk in der nun dem Feinde wieder weit entrückten Stadt Cambrai sind die Spuren, die der Engländer von seiner mit so großen Hoffnungen begonnenen, mit einer schweren Niederlage endenden Durchbruchschlacht, bei Cambrai für lange Zeit auf Frankreichs Boden hinterläßt.

Die Verluste, die der Feind in den letzten Tagen, besonders im Bourlon-Walde erlitt, sind außerordentlich hoch. Die Zahl der aus den Kämpfen bei Cambrai eingebrachten Gefangenen hat sich auf mehr als 9000, die Beute an Geschützen auf 148, an Maschinengewehren auf 716 erhöht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am der Mielte, in einzelnen Abschnitten der Champagne und auf dem östlichen Maasufer zeitweilig verstärkte Feuerintensität. Nördlich von Lunécourt drohten Sturmtruppen von schnellem Vorstoß gegenfranzösische Gräben eine größere Anzahl Gefangene ein.

Gestern wurden im Luftkampf und von der Erde aus 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Unsere Flieger haben die Gasanlagen von Colais, sowie Londen, Sberneh, Graefend, Chalon, Dover, und Margate mit Bomben angegriffen. Große und zahlreiche Brände kennzeichneten ihre Wirkung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresstellungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei haben mit den bevollmächtigten Vertretern Russlands für die Fronten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer sowie auf den türkisch-russischen Kriegsschauplätzen in Asien Waffenruhe für die Zeit vom 7. 12. 1917 12 Uhr mittags bis 17. 12. 1917 12 Uhr mittags abgeschlossen. Die Verhandlungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes werden in einigen Tagen fortgesetzt werden.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front:

Der am 14. 12. in den Sieben Gemeinden eingeleitete Angriff der Heeresgruppe des Feldmarschalls Konrad brachte große Erfolge. Oesterreichisch-ungarische Truppen haben die starken italienischen Stellungen im Melito-Gebirge erfüllt und gegen mehrfache Gegenangriffe behauptet. Deutsche Artillerie hat in den Kämpfen mitge-

wirkt. Bisher wurden 11000 Italiener gefangen und 60 Geschütze erbeutet.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Amlich. Die bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresstellungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien haben am 5. Dezember mit den bevollmächtigten Vertretern der russischen obersten Heeresstellungen eine Waffenruhe von 10 Tagen für sämtliche gemeinsamen Fronten schriftlich vereinbart. Der Beginn ist auf den 7. Dezember 12 Uhr mittags festgesetzt. Die 10 tägige Frist soll dazu benutzt werden, die Verhandlungen über den Waffenstillstand zu Ende zu führen. Zur mündlichen Berichterstattung über das bisherige Ergebnis hat sich ein Teil der Mitglieder der russischen Abordnung auf wenige Tage in die Heimat begeben. Die Kommissions-Sitzungen dauern fort. W. T. B.

Kirchennachrichten.

Dom. 11. Advent, den 9. Dezember.

Alinga. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst mit Predigtbesprechung.
Albrechtshain. 10 Uhr: Predigt. 11 Uhr: Gebetsdienst. (Bereitete Herrgotts-Kränze). Danach hl. Abendmahl: Pfarrkommunion. Nachm. 2 Uhr: Unterredung mit den Jungmännern und Jungfrauen. Nachm. 3 Uhr: Kreisbesprechung.
Erdmannshain. 8 Uhr: Gebetsdienst (siehe Albrechtshain!)

Griffsachen.

Alter Adonenti! Sie sind im Irrtum, wenn Sie glauben, daß man unsere Kriegsgefangenen vergessen würde, oder Sie gar als abgetan betrachte. Schreiben Sie nur Ihre Adresse ein, der Bürgerverein wird ganz genau Sorge tragen, daß ein Weihnachtspaket auch an die Gefangenen geschickt wird. D. A.

Deutsche Landsleute in Naunhof u. Umgegend!

Wir rufen Euch auf zum Zusammenschluß in der

Deutschen Vaterlandspartei!

Wir wollen einen Frieden, der die Weiterentwicklung des deutschen Volkes sichert; aber wir wollen nicht eine Politik, die den Frieden wieder und wieder anbietet wie eine Ware, die man nicht los wird.

Wir wollen dem deutschen Volke stärkeren Einfluß auf die Lenkung seiner Geschicke zusprechen; aber wir wollen nicht jezt, in der Zeit der höchsten Gefahr, die inneren Kämpfe um die Verfassung umbrennen und uns schwächen lassen.

Wir sind der Überzeugung, daß die fortgesetzten Friedenskundgebungen im Reichstage und die dort entsachten Verfassungskämpfe die Hoffnungen und Ansprüche unserer Feinde gesteigert, schwankende Neutrale auf die Seite unserer Feinde getrieben und den Kampf verlängert haben.

Wir sind der Überzeugung, daß der Reichstag, der vor dem Kriege unter anderen Verhältnissen gewählt wurde, in seiner heutigen Stellungnahme nicht mehr voll den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt.

Wir wollen darum Männer aus allen politischen Parteien zusammenschließen zu dem einen Willen, mannhaft und rasch einen starken Frieden zu erkämpfen. Ist dieses Ziel aber erreicht, so wird die Deutsche Vaterlandspartei sich auflösen, um den politischen Parteien wieder Raum zu geben.

Deutsche Männer, Deutsche Frauen, werdet Euch der Größe der Zeit bewußt!

Helft unser Volk durch die Bedrängnis hindurchführen!

Die unterzeichneten Vorstandsmitglieder nehmen Beitritts erklärungen entgegen. Ebenso liegen Listen zur Eintragung aus in der Geschäftsstelle dieses Blattes, in der Apotheke des Herrn G. Lersch und in sämtlichen Restaurants.

Mitgliedsbeitrag 1 Mark oder mehr.

Der Ortsverein Naunhof und Umgegend der Deutschen Vaterlandspartei.

Präsident Hans Keuler, Vorsitzender. Kapitän a. D. Kohle, Schatzmeister.
Buchdruckereibesitzer Güns, Pfarrer Herbrig, Militäroereinsoorband und Bankkassierer Hofmann, Bahnvorsteher Reil, Militäroereinsoorband Robert Adler, Postsekretär Martin, Königl. Forstmeister Einz, Bürgermeister Wüller.

Deutsche Vaterlandspartei.

Sonnabend, den 8. Dezember, abends 8 Uhr
im Gasthaus „Stadt Leipzig“, Naunhof

Vortrag des Herrn Schulrat Hoppe aus Wittenberge:

**Wie kommen wir am schnellsten
und sichersten zum Frieden.**

Hierzu wird die Einwohnerschaft von Stadt und Land ergebenst eingeladen.

Ortsgruppe Naunhof.

Königl. Sächs. Militär-Verein Naunhof u. Umg.
Sonnabend, den 8. Dezember abends 8 Uhr
Monatsversammlung im Rathskeller. — Kalenderausgabe. Um recht zahlreichen Erscheinen bitten! Der Vorstand.

Kanin-Felle
sowie alle anderen Arten
kauft zu höchsten Preisen
Rüdiger, Waldstr. 42.

„Habeho“ Wasch-Extraktmasse
Vollkommenstes Waschmittel der Gegenwart, vom Kriegsausschuß genehmigt, Preis 90 Pfg. empfiehlt
Kurt Wendler.

Bettmössen
ist heilbar. Garantie. Auskunft umsonst. Rückporto.
Frau Hel. Peters Langwedel, Bez. Bremen.

Eine große Zinfadewanne
zu verkaufen bei
Bädermeister Schmidt.

Königl. Sächs. Militär-Verein „Kameradschaft“ Naunhof.
Sonnabend, den 8. Dezember
Monatsversammlung im Trompeter-Schloßchen.
Ausgabe der Kalender. Um zahlreich. Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Alleinsteh. junge Frau,
sehr gewissenhaft, sucht Beschäftigung, evtl. in leicht. Konfektarbeiten, auch als Verkäuferin oder dergleichen. Angeb. unter H. H. 100 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

An die geehrte Einwohnerschaft Naunhofs!



Auch in diesem Jahre soll unseren tapferen Naunhofer Kriegern von Seiten der Stadt eine kleine

Weihnachtsfreude

bereitet werden. Der Stadtgemeinderat hat in seiner letzten Sitzung hierzu einen Beitrag bis 1500 Mark bewilligt und dem unterzeichneten Verein die Fertigstellung und Versendung der Pakete überlassen.

Die Angehörigen werden gebeten, die genauen Adressen der zum Militärdienst eingezogenen sowie der im Felde stehenden Naunhofer bis spätestens 8. Dezember in den Expeditionszimmern der Vereinsbank, Breitestraße, zwischen 10 Uhr vormittags und 1 Uhr mittags abzugeben, damit genaue Zuordnung erfolgen kann. Ein Einsammeln der Adressen findet nicht statt, worauf noch besonders hingewiesen sei.

Der Bürgerverein.

Ein starkes **Läuserschwein** ist zu verkaufen. ein **Hauslamm** Alinga Nr. 14.

2-4 Stück Doppelfenster 92 mal 175 cm groß zu kaufen gesucht. Zu erst. in der Exp. ds. Bl. Dasselbst ist ein **eiserner Ofen** und ein **Tischchen** zu verkaufen.

Kleine Wohnung ist zu vermieten; auch ist daselbst ein **Schauklapferd** zu verkaufen.
Langestraße 52.

Postkarten fertig schnell u. sauber
— Güns & Wale. —

Der Roman mußte heute zurückgestellt werden. D. A.

M

für die Deutsche Fuchshain

Erscheint wöchentlich
Abzelgenpreis:

Nr. 144.

Von der

Amlich,

See

Auf den See

und Beclaree (sow-

lehaftes Feuer.

Südlich der

In Sandgraben

von Graincourt um

fuhe des Feindes,

schelten. Aus de

Gefangene, darun

schingewehe erbe

See

In den Wä

Granne und auf

mittag die Feuerl

Eigene Erhu

Gefangene ein.

Leutnant M

De

Nichts Neues

Bulgarische T

norgehende Abteilu

See

In dem Kon

illeriefeuer an. D

wurden von den R

Zahl der seit dem 4

Gonrad gemachten

Der

Washington

hat die Kriegsenf

men angenommen.

mit 663 Stimmen

Präsident Wilson

gestern unterzeichnet

Der

Durch Verord

ernährungsamt

über den Aus

von C

vom 24. November

bestimmt worden:

Die Veltter

ordnung für die Er

507) beibehalten.

1918 einschließlich

schluß an den Ausdr

liefern, soweit sie n

Als Veltter im Ein

waltung der Vordr

wahrhams.

Die Bundesze

halten, die Beendigu

einem früheren Zeit

§ 5, § 21

wendung.

Die noch den

Zuschweizen und Hir

und über Höchstprei

Geschl. S. 653) (S

Geschl. S. 727)

Höchstpreise mit Au

sch vom 1. März 19

Die Vorkrist

rechtzeitige Abliefer

ist. Ueber Ertrügh

Begen die Entschid

Rechtsgebietstelle d

ernährungsamtis zu.

Unmittelbar

Bestimmung sämtlicher

in den Kommunalver

teilung muß spätest

§ 1 Abs. 1, 2 beend

Auf Grund

an sie werden die

besen Bezirk sie l

Erkenntnisnahme b